

Geldnot und Notgeld in Freiburg 1917 bis 1923

Von
DIRK SCHINDELBECK

Geld: auf seine drei klassischen Funktionen als Tauschmittel, Recheneinheit und Wertspeicher sind wir dringend angewiesen. Es garantiert uns die Erreichbarkeit von Gütern und Dienstleistungen aller Art und jederzeit. Es sorgt dafür, dass wir messen, abschätzen und (be)werten können. Es gibt uns, ob in Sparguthaben, Wertpapieren oder Immobilien angelegt, das Gefühl von Sicherheit. Geldwertstabilität ist der quantifizierte Ausdruck von Zukunftsfähigkeit.

Das Geldgefühl der Deutschen verbindet sich ebenso mit Phasen nachhaltiger Prosperität wie tiefster Verunsicherung. Der „inflationserfahrene“ (Herbert Rittmann) deutsche Mensch will „gutes“ Geld in seinen Händen halten, dem er sein Vertrauen schenken kann und aus dem er seine Motivation zu sparen schöpft. *Nichts sagt so deutlich, aus welchem Holz ein Volk geschnitzt ist, wie das, was es währungspolitisch tut*, befand schon 1929 der Ökonom Joseph A. Schumpeter – und konstatierte im Hinblick auf die große Inflation *die desorganisierende Wirkung der Währungszerrüttung auf den Volkscharakter, die Moral und auf alle Verästelungen des Kulturlebens*.¹

Von der Gold- zur Papiermark

*Im Deutschen Reiche gilt die Goldwährung!*² So formulierte es das Münzgesetz vom 1. Juni 1909. Über die Wertbeständigkeit der Goldmark als dem seit 1871 geltenden gesetzlichen Zahlungsmittel des Deutschen Reiches, das dem Bürger täglich in 10- und 20-Markstücken (aus 1/2.790 Kg Feingold) begegnete, musste sich bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs niemand sorgen. Freilich existierte daneben auch Papiergeld in Form von 5- und 10-Mark-Reichskassenscheinen, aber auch diese waren durch Gold gedeckt, doch „das Geld des Alltags waren fast nur die in Gold und die in Silber, Nickel und Kupfer geprägten Scheidemünzen, sodass sich der Deutsche eines verwunderten Lächelns kaum erwehren konnte, wenn er in fremden Ländern Papierscheinen auch über winzige Beträge begegnete.“³

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde das Vertrauen der Menschen in ihre Währung untergraben, da der Staat zum Zwecke der Kriegsfinanzierung jetzt zu einer hemmungslosen Geldschöpfung griff: „Da laut Reichsbankgesetz (§ 17) ein Drittel in Gold gedeckt sein musste, änderte man die Gesetze, mit der Folge, dass die Reichsbank ihrer Pflicht enthoben wurde, auf Verlangen Staatsnoten in Gold umzutauschen, und mit der anderen Folge, zur Dritteldeckung des Staatsnotengeldes jetzt Darlehenskassenscheine verwenden zu dürfen.“⁴ Das war nichts anderes als eine Lizenz zum Gelddrucken. Für Heinz Quester, den ehemaligen

¹ JOSEPH A. SCHUMPETER: Das Wesen des Geldes. Aus dem Nachlass hg. von FRITZ KARL MANN, Göttingen 2008 (zuerst 1929), S. 1.

² Die Gesetzgebung über die Rentenmark: Mit ausführlichen Erläuterungen von HANS FROMMER und HERMANN SCHLAG, Mannheim 1924, S. 1.

³ Ebd.

⁴ BIRGER P. PRIDDAT: Kleingeld. Die verborgene Seite des Geldes, Berlin 2011, S. 167.

Geschäftsführer der Bezirksdirektion der Deutschen Bank in Freiburg, war „die Mark damit eine ‚manipulierte Papierwährung‘“ geworden.⁵

Der Erste Weltkrieg verursachte etwa 164 Milliarden Mark an Kosten. Um diese gewaltigen Mittel zu beschaffen, wurde die Bevölkerung schon früh zur Zeichnung von Krieganleihen aufgefordert. Sie erfolgten bis zum Herbst 1918 im halbjährlichen Turnus und erbrachten insgesamt 98 Milliarden Mark. Zudem ging immer mehr Edelmetall aus Privathand in Staatsbesitz über, wozu etliche Sammlungen (*Gold gab ich für Eisen!*) beitrugen. Die Folgen für das Zivilleben waren einschneidend, da immer mehr Münzen, zuerst in den vom Krieg unmittelbar betroffenen Gebieten, aus dem Umlauf verschwanden. So zeigte sich im Oberelsass schon im August 1914 extremer Kleingeldmangel, da „die Stadt Straßburg für fünf Millionen Mark Kleingeld gehamstert hatte, um bei Kriegsausbruch ‚flüssig‘ zu sein.“⁶ Je länger der Krieg dauerte, umso größer wurde der Nominalwert des umlaufenden Papiergelds, der „von 6,5 Milliarden Mark Ende 1913 auf 33,1 Milliarden Mark Ende 1918“ anstieg.⁷

Perioden der deutschen Inflation

Hilfreich zur Analyse der deutschen Inflation erscheint die Einteilung in acht Perioden:

1. Ausgaben von 1914/15 (bis 20 Mark);
2. Ausgaben von 1916 an in kleinen Werten (unter 1 Mark), 1917 und 1918 ansteigend;
3. Regierungsseitig gewünschte und begünstigte Ausgaben großer Werte (5, 10, 20 und 50 Mark) vom Oktober/November 1918 mit Geltungsdauer eigentlich bis Februar 1919, dann bis April verlängert;
4. Vermischtes Kriegs- und Friedensnotgeld 1919 bis 1921/22 (zunehmend sogenannte Serienscheine, die „mehr für die Sammlerwelt als für die Einwohnerschaft des Ortes berechnet“ waren);
5. Städtisches Großnotgeld (100 bis 500 Mark ab September 1922);
6. Hochinflationsgeld (1.000 bis 500.000 Mark ab Dezember 1922 bis Juli 1923);
7. Hyperinflationsgeld (Millionen-, Milliarden- und Billionenwerte von August – November 1923);
8. Wertbeständiges Notgeld (Oktober/November 1923).⁸

Schon ab Mitte 1916, als das letzte noch vorhandene Münzgeld, da zu Rüstungszwecken eingeschmolzen, aus dem Umlauf verschwand, wurde die Lage überall im Land prekär. Der Badische Beobachter vom 9. Januar 1917 notierte: „Der Mangel an Scheidemünzen macht sich ganz besonders in Zehnerstücken bemerkbar.“ Stadtverwaltungen, Sparkassen und Banken blieb in dieser Situation nichts anderes übrig, als in ihrem Einzugsgebiet geltende Ersatz-Zahlungsmittel aus Papier herzustellen und in den Umlauf zu bringen. Ob Breisach, Emmendingen, Triberg oder Zell im Wiesental – Dutzende Gemeinden in Baden traten ab 1917 als Ausgabestellen geldwerter Gutscheine hervor.

⁵ HEINZ QUESTER: Das Spiegelbild des Staates in seinem Geldwesen, Freiburg 1989, S. 10.

⁶ ULRICH KLEVER: Notgeld, München 1980, S. 9.

⁷ HERBERT RITTMANN: Deutsche Geldgeschichte seit 1914, München 1986, S. 33.

⁸ GUSTAV PRANGE: Das deutsche Kriegsnotgeld. Eine kulturgeschichtliche Beschreibung, 2 Bde., Görlitz 1921/22, hier Bd. 1, S. 5f.

Freiburger Notgeldpolitik

Insgesamt emittierte die Stadt Freiburg zwischen Oktober 1917 und November 1923 mehr als 20 verschiedene Notgeldscheine mit Nennwerten von 50 Pfennigen bis hinauf zu 50 Milliarden Mark.⁹ Damit deckt ihr lokal ausgegebenes Notgeld von den oben genannten acht Perioden außer der ersten alle folgenden ab. Zahlungsmittel aus der Frühzeit direkt nach Kriegsbeginn wurden ohnehin hauptsächlich in den Grenzregionen punktuell und als reine „Zweckstücke“ (Gustav Prange) in aller Eile hergestellt – etwa für dringend anstehende Lohnzahlungen – und bei der nächsten Gelegenheit wieder aus dem Verkehr gezogen.¹⁰

Die Entscheidung, mit eigenem Notgeld dem örtlichen Geschäftsleben zu helfen, wurde von der Not der Verhältnisse diktiert, nachdem andere Städte diesen Schritt längst vollzogen hatten. In einem Bericht der Stadtverwaltung hieß es: *Lörrachs Erfahrungen sind gute.*¹¹ Am 12. September 1917 beschloss man die Ausgabe eines 50 Pfennig-Gutscheins bis zum Gesamt-Nennwert von 100.000 Mark (Abb. 1). Bei der Reichsbank stieß dies nicht auf Gegenliebe: *Wir machen darauf aufmerksam, dass die Ausgabe von Ersatzgeld eine Beeinträchtigung des staatlichen Münzmonopols ist und gegen das Münzgesetz verstößt, denn die Ausgabe von Papiergeld hat sich das Reich ausschließlich vorbehalten.* Zugleich ließ man Verhandlungsbereitschaft durchblicken: *Unter gewissen Voraussetzungen ist während des Krieges einzelnen Stadtgemeinden die Genehmigung zur Ausgabe von Ersatzgeld erteilt worden. Hierzu gehört, in Übereinstimmung mit dem Großherzoglichen Badischen Ministerium des Innern die Auflage, dass der Betrag der gesamten Ausgabe bei der zuständigen Reichsbankstelle in bar deponiert, oder als Guthaben auf dem Girokonto der betreffenden Sparkasse gesperrt wird.*



Abb. 1 Freiburger 50 Pfennig-Gutschein (rot) vom September 1917 (Kultur- und Werbegeschichtliches Archiv Freiburg [KWAf]).

⁹ Hinzu kam noch der von der Festspielleitung der Passionsspiele ausgegebene 1-Mark-Schein aus dem Jahr 1922 (1.3. bis 1.10.1922).

¹⁰ Beispiel einer Spielkarte als Geldersatz bei QUESTER (wie Anm. 5), S. 41.

¹¹ Alle folgenden Zitate sowie alle genannten Daten und Zahlen: Stadtarchiv Freiburg (StadtAF), C3/781/1/4 (Militaria, Kleingeldmangel, Beschaffung von Scheidemünzen) sowie C4/VIII/8/10 (Stadt-Rat, Gemeindevermögen/Schulden 1922/23).

Argumentationshilfe aus dem BGB

Am 17. Oktober 1917 gab die Stadtverwaltung erstmals diese Zahlungsmittel aus. Gegenüber der Reichsbank fühlte man sich im Recht, da *es sich nicht um die Ausgabe von Ersatzgeld oder Ersatzscheinen handelt*. Auf ihnen finde sich ja nur die Bezeichnung „Gutschein“ – und man berief sich auf § 807 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, nach dem Notzahlungsmittel zu *ihrer Gültigkeit keiner staatlichen oder sonstigen Genehmigung* bedürften. Auch im Hinblick auf eine (noch) nicht hinterlegte Sicherheit zeigte sich die Stadtverwaltung selbstbewusst: *Ebenso dürfte die Fähigkeit der Stadtgemeinde, die ausgegebenen Scheine wieder einzulösen, auch ohne Hinterlegung des Betrages wohl außer Zweifel stehen*. Doch die Reichsbank rückte nicht von ihrer Position ab und forderte die Stadtverwaltung ultimativ auf, die Scheine postwendend wieder einzuziehen – um schon im gleichen Atemzug wieder einzuknicken: *Sollte ein dringendes Bedürfnis für die Ausgabe von Notgeld vorliegen und die Ausgabe daher ausnahmsweise geduldet werden, stellen wir anheim, die Genehmigung zur Ausgabe nachträglich zu erteilen*.

All das beeindruckte die Freiburger wenig. Schließlich hatten auch andere Gemeinden wie Heidelberg oder Pforzheim ohne Genehmigung so gehandelt bzw. diese erst nachträglich eingeholt. Gegenüber dem Badischen Ministerium des Innern beharrte man noch am 10. April 1918 auf seinem Standpunkt, dass es sich hier keineswegs um Geld im Sinne eines gesetzlichen Zahlungsmittels handele, sondern um „kleine Inhaberpapiere“, was ja schon an der einfachen Gestaltung zu erkennen sei. Am 21. April 1918 lenkte denn auch das Ministerium ein und genehmigte die Freiburger Notgeldausgabe nachträglich. Vor Ort bewirkten die Gutscheine die ersehnte Erleichterung. Zwei Monate nach der Ausgabe stellte die Handelskammer Freiburg zufrieden fest, dass die zermürbende Jagd nach den letzten Nickelmünzen im Handel endlich vorüber sei.

Bei Betrachtung des Gutscheins erscheint die Auffassung der Stadt nachvollziehbar. Er entbehrt aller Kriterien, die „richtiges“ Geld ausmachten, angefangen von der unbedruckten Rückseite bis hin zum Miniatur-Format (8,8 x 5,5 cm). Auch finden sich auf ihm weder ein exaktes Ausgabedatum noch eine Einlösungsfrist. Er hat keine Seriennummer und kein Amtssiegel; als einziges Autorisierungsmerkmal findet sich die Unterschrift des „Stadtrats“ – in Wahrheit des Oberbürgermeisters – Emil Thoma. Immerhin gibt es mit einem als Karomuster ausgeführten Wasserzeichen eins der üblichen Sicherheitsmerkmale. Gestaltet worden war der Schein vom Grafiker Josef Schroeder-Schoenenberg (1896-1948), der durch seine im Waldkircher Rathaus angebrachten NS-Wandbilder zu einer zweifelhaften Bekanntheit gekommen ist. Als Schmuckmotiv wählte er „neben dem Stadtwappen den Rappenkopf, der bis ins 18. Jahrhundert von der Freiburger Münzstätte verwendet worden war.“¹²

Freiburger Großnotgeld von 1918/19

Kaum ein Jahr später hatte sich die harte Haltung der Reichsbankstelle gegenüber den Städten radikal verändert. Schon am 4. Oktober 1918 räumte sie kleinlaut ein, dass sie sich *völlig von allen Zahlungsmitteln entblößt sehe und es sehr lebhaft begrüßen würde*, wenn die Stadt Freiburg der Anregung Notgeld auszugeben, nachkommen würde. [...] *Am meisten benötigt sind Abschnitte in der Größe von 5, 10 und 20 Mark. Zur Erschwerung von Fälschungen schlage man aufgedruckte Nummerierung vor und bitte unverzüglich an die Herstellung zu gehen ohne sich durch die noch nicht erfolgte Genehmigung der Landesregierung irritieren zu lassen*. Die

¹² PETER KALCHTHALER: Pfennige und Milliarden, in: Badische Zeitung vom 4. Januar 2019, S. 22.

Reichsbank selbst übernehme die Hälfte der Druckkosten. Gelten sollte das Großnotgeld so lange, bis sie selbst gesetzliche Zahlungsmittel in ausreichender Menge zur Verfügung stellen könne – am 1. Februar 1919.

Der Grund für dieses plötzliche Entgegenkommen resultierte aus einer durch das Kriegsende eingetretenen Ausnahme-Situation. Jetzt, wo das Millionenheer der deutschen Soldaten in die Heimat zurückflutete, fehlte es allorts an Zahlungsmitteln für Löhne, Invaliden- und Witwenrenten etc. Für diesen Bedarf waren die Kapazitäten der für die Reichsbank arbeitenden Druckereien nicht ausgelegt, sodass diese die Herstellung der benötigten Geldwerte an die Städte auszulagern bestrebt war. In Freiburg arbeitete man schnell: *Insgesamt werden 8 Millionen ausgegeben. Der Reichsbank werden gegen Gutschrift 4 Millionen übergeben, von denen die Banken 2 Millionen erhalten. Der Rest wird von der Sparkasse übernommen, die an die Banken wieder abzugeben hat.* Der Druck des Geldes erfolgte wie schon beim 50 Pfennig-Schein von 1917 in der Wagnerschen Druckerei in Freiburg: 206.510 Stück 20 Mark-Scheine (Abb. 2), 266.600 Stück 10 Mark-Scheine und 282.600 Stück 5 Mark-Scheine, insgesamt also 755.710 Stücke im Nennwert von 8.209.200 Mark.



Abb. 2 Freiburg 20 Mark-Schein vom 1. November 1918 (KWAf).

Im Gegensatz zum primitiven Gutschein von 1917 sahen diese Scheine schon eher wie „richtiges“ Geld aus. Sie waren beidseitig bedruckt und, entsprechend ihrer Wertstufen, von ansteigender Größe (5 Mark: 12,5 x 8 cm; 10 Mark: 13 x 8,5 cm; 20 Mark: 13,7 x 9 cm). Sie besaßen Wasserzeichen (Schuppen), Kontrollnummer, Amtssiegel und Unterschrift und das geforderte Ablaufdatum. Doch was schon im November 1918 zu befürchten gewesen war, trat im Februar 1919 ein: Es war der Reichsbank nicht gelungen, in der Zwischenzeit die erforderliche Menge an Zahlungsmitteln bereit zu stellen, sodass die Gültigkeitsdauer des Freiburger Großnotgelds bis zum 1. April 1919 verlängert werden musste.¹³

¹³ Rundschreiben des Deutschen Städtetages Nr. I 107/19 D, zitiert nach StadtAF, C3/781/1/4.

Notgeld als Problemabgrund

Als man 1917 den ersten Notgeldschein ausgab, um dem örtlichen Handel zu helfen, hatte wohl noch keiner der Beteiligten geahnt, welche Vielzahl von Problemen aus einem solchen Notzahlungsmittel erwachsen sollte. Überall im Land sahen sich die Stadtverwaltungen vor neue Herausforderungen verwaltungstechnischer, logistischer und juristischer Art gestellt. Grundsätzlich sollte lokal ausgegebenes Notgeld, nachdem es seine Gültigkeit verloren hatte, eingezogen und vernichtet werden, da dann ja wieder gesetzliche Zahlungsmittel an seine Stelle treten sollten. Doch da die Reichsbank diese in der Folgezeit nie liefern konnte, folgten immer neue lokale Notgeldausgaben mit ständig steigenden Nominalwerten und jeweils begrenzter zeitlicher Gültigkeit als Zwischenlösungen. Mit dem Ergebnis, dass bei den Städten die entwerteten Geldberge ständig wuchsen.

Eine erste Bilanz im Hinblick auf bereits zurückgeflossene Großnotgeldscheine vom 8. März 1919 verzeichnete 100 Pakete zu je 20.000 Mark, 45 zu je 10.000 Mark und 55 zu je 5.000 Mark (= 2.675.000 Mark). Dies entsprach etwa einem Drittel der Ausgabesumme von gut 8,2 Millionen Mark. Ein Rundschreiben des Ministers für Handel und Gewerbe vom 5. April 1919 machte nun den Städten verbindliche Vorgaben, dass die ausgegebenen *Ersatzwertzeichen von 1 Mark und darüber* vor Ort zu vernichten seien. Wie das zu bewerkstelligen sei, bleibe den Kommunen anheimgestellt. Die Reichsbank selbst habe in der Vergangenheit die Scheine entweder *karbonisiert* oder *durchlocht*. Ihre Kapazitäten seien erschöpft, da inzwischen viel zu viel Geld im Umlauf sei. Vom Verbrennen rate man ab, weil dabei zu viele Scheine aus dem Schornstein geschleudert oder unvollständig verbrannt würden.

Von diesen technischen Entsorgungsproblemen abgesehen – wie sollte eine Stadtverwaltung mit den aus dem Verkehr gezogenen Scheinen umgehen? Sie wie gefordert vernichten oder vielleicht doch (heimlich) aufbewahren? Womöglich ließen sich die mit beträchtlichem Aufwand hergestellten Scheine später noch einmal verwenden. Auch dokumentierte das entwertete Geld ja ein Stück Stadtgeschichte. Und es stieß zunehmend auf das Interesse privater Sammler – und nicht nur jenen aus Freiburg selbst. So argumentierte am 7. April 1919 der Leiter der Städtischen Sammlungen, aus dem Verkehr gezogene Notgeldscheine mögen an öffentliche Stellen unentgeltlich abgegeben werden, an Privatleute hingegen nur gegen Gebühr von zwei Mark pro Stück. Auch sei ein gewisser Bestand in den Städtischen Sammlungen schon deshalb vorzuhalten, um ausreichend Tauschmaterial zu haben *z.B. 300 Stück von jeder Sorte*. Ein entsprechender Beschluss des Stadtrats erfolgte am 13. Juni 1919: *Von vielen Museen, Archiven und Städten werden wir ersucht, unentgeltlich ein oder mehrere Stücke entwerteter Notgeldscheine zu überlassen. Wir haben diesen Ersuchen jeweils stattgegeben. Es ist aber wünschenswert, dass auch das hiesige Archiv Notgeldscheine anderer Städte wenigstens in beschränkter Anzahl erhält.*

Auch auf juristischer Ebene bereitete das aus dem Verkehr gezogene Notgeld große Probleme, vor allem im Hinblick darauf, ob und wie lange nach seiner Entwertung eine Verpflichtung zur Einlösung bestand. Die einzelnen Städte verfahren dabei höchst unterschiedlich, wie das Ergebnis einer Rundfrage des Geschäftsführers des Badischen Städteverbandes in Karlsruhe vom 16. Februar 1920 zeigte: *Offenburg löst Notgeldscheine vom 1.4.20 ab nicht mehr ein, vorbehaltlich von Ausnahmen nach freier Entschließung nach diesem Zeitpunkt, Lahr hält die Ansicht für richtig, dass die Notgeldscheine Schuldverschreibungen auf den Inhaber sind, die Einlösungspflicht daher erst innerhalb 30 Jahren verjährt. Lahr löst daher auch weiterhin ein.* Die Fälle der nachträglichen Einlösung seien aber selten. Baden-Baden habe bisher die Einlösung auch nach dem Aufruf zugelassen, neuerdings aber die Sperrverfügung weggelassen. Konstanz habe *trotz Verfall der Notgeldscheine am 1.6.19 noch bis 1.9.19 eingelöst*, danach die Einlösung aber abgelehnt. Pforzheim habe das Ende der Einlösung durch öffentliche Be-

kanntmachung auf Ende Mai 1919 festgesetzt, aber trotzdem auch noch nach diesem Termin eingelöst, Ende März 1920 diese dann endgültig eingestellt. Heidelberg fasse die Scheine nicht als Schuldverschreibungen auf und lehne ihre Einlösung seit Oktober 1919 ab. Der Mitarbeiter der Stadtverwaltung Freiburg, der diese Informationen zusammengetragen hatte, unterließ es nicht, seine Einschätzung abzugeben: *Meine Ansicht ist die, dass die Notgeldscheine nicht als Schuldverschreibungen auf den Inhaber aufzufassen sind. Eine Verpflichtung zur Einlösung nach dem Aufruftermin besteht nicht. Dies wird anerkannt durch das Reichsbankdirektorium, den Reichsminister der Justiz und das preußische Finanzministerium.*

Diese Rechtsunsicherheit bei ihrer Entsorgung war das Gegenstück zur völlig uneinheitlich gehandhabten Duldungs-Praxis lokaler Notgeldaussgaben seitens der Landesbehörden. So ordnete Preußen grundsätzlich an, „dass eine ausdrückliche Genehmigung von Notgeldaussgaben nicht in Frage käme, sondern nur stillschweigende Duldung. Bayern war toleranter: Das Bayerische Staatsministerium erklärte im Februar 1917, dass staatliche Kassen das Geld einlösen und gegen kassenmäßiges Geld umtauschen würden, wenn der Staatskasse keine Kosten erwüchsen. Sachsen-Weimar erlaubte Gemeinden, Firmen und Konsumvereinen die Ausgabe von Notgeld, wenn eine genügend hohe Sicherheit bei der Reichsbank hinterlegt wurde. Sachsen erlaubte nur kreisfreien Städten und Amtshauptmannschaften Notgeldaussgabe nach genau vorgeschriebenem Muster.“¹⁴

Angesicht der verworrenen Rechtslage entschloss man sich in Freiburg, die aus dem Verkehr gezogenen Großnotgeldscheine von 1918 aufzubewahren – um für einen möglichen Bedarf in Zukunft gerüstet zu sein. Dieser trat denn auch im September 1922 zu Beginn der Hochinflationsphase ein, nachdem die Stadtverwaltung soeben einen 500-Mark-Schein hatte ausgeben lassen, am Tag darauf aber feststellen musste, dass zu wenig Zahlungsmittel in den Umlauf gelangt waren. Und so tauchten jeweils 28.000 Stück der im November 1918 hergestellten 5-, 10- und 20-Mark-Scheine aus dem Depot der städtischen Sparkasse nach fast vier Jahren wieder auf und wurden *mit einem entsprechenden Aufdruck über die Verlängerung der Gültigkeit versehen sofort wieder in den Verkehr gebracht.*

Notgeld als Mittel zur Sanierung der Stadtkasse

Neben diesem Knäuel an Problemen nahmen die Kommunen aber auch eine erfreuliche Seite des Phänomens wahr. Ab etwa 1920 stellten sie nämlich fest, dass viele ihrer Notgeldscheine bis zum Verfallstermin gar nicht eingelöst worden waren, da sie offensichtlich in die Hände von Sammlern gelangt und in deren Alben verschwunden waren. Per Saldo bedeutete dies: Jeder nicht eingelöste Schein war ein Reingewinn für die Stadtkasse. Und dies galt nicht nur für Kleinnominalen unter einer Mark, sondern sogar für Werte von 20 Mark und darüber. So wusste die Zeitschrift „Das Notgeld“ Ende 1922 zu berichten: „Gute Geschäfte hat die Stadt Freiburg i. Br. mit ihren Großgeldscheinen gemacht. Trotz eines im März 1919 erlassenen Aufrufs sind nicht mehr zurückgekehrt: 431 Scheine zu 20 Mark = 8.620 Mark, 400 zu 10 Mark = 4.000 Mark und 600 zu 5 Mark = 3.000 Mark, zusammen 15.620 Mark. Dieser Betrag dürfte die Druckkosten wesentlich übersteigen. Die Scheine werden nun nicht mehr eingelöst.“¹⁵

¹⁴ KLEVER (wie Anm. 6), S. 25.

¹⁵ Drei Jahre „Das Notgeld. Zeitschrift für Notgeldkunde. Nachdruck aller Artikel und Abhandlungen von bleibendem Interesse und Wert aus den ersten drei Jahren“, München 1922, S. 27. Den Reingewinn in Höhe von 15.620 Mark aus der Großnotgeldaussgabe 1918 bestätigt auch die Abschlussbilanz der Rechnungsstelle der Stadtverwaltung Freiburg vom 19. Dezember 1919, StadtAF, C3/781/1/4.

Die hohe Schwundquote beim Rücklauf der Notgeldscheine resultierte aber nicht nur aus Sammleraktivitäten, sondern auch aus ihrer begrenzten Haltbarkeit. So entwickelte sich der bescheidene Schein von 1917 gerade wegen seiner schlechten Materialqualität zum Segen für die Stadtkasse. Ausgegeben worden waren davon insgesamt 213.500 Stück. Dreieinhalb Jahre später notierte das Rechnungsamt: *Von den 50 Pf. Scheinen der ersten Serie (1917er) sind 60.700 nicht eingelöst worden, sodass ein Betrag von 30.350 Mk. verfügbar bleibt.* 28,4 % (!) der ersten Freiburger Notgeldausgabe waren uneingelöst geblieben.

Was ließ sich aus solchen Erfahrungen lernen? Lokal ausgegebenes Notgeld, ursprünglich dazu bestimmt, den örtlichen Handel am Leben zu erhalten, besaß eine zweite Qualität: Einerseits dringend benötigtes Tauschmittel und „Verkehrsausgabe“ betrachteten es viele, die es in die Hand bekamen, nicht als Geld, sondern als Souvenir, das sie als sammelnde Zeitgenossen dem Umlauf entzogen. Diese Erfahrung, dass sich große Teile einer lokalen Notgeldausgabe (auch nach außerhalb!) verkaufen ließen, sollte so manche Stadtverwaltung in der Folgezeit gehörig umtreiben.

Am 15. Februar 1919 erschien – das Großnotgeld vom November 1918 war zu dieser Zeit noch gültig – die erste Ausgabe eines neuen, nunmehr blauen 50 Pfennig-Gutscheins als Ersatz für die ramponierten 50 Pfennig-Scheine vom Oktober 1917 (die aber noch bis zum 1. Oktober 1920 ihre Gültigkeit behielten). Ausgegeben wurden davon insgesamt 512.400 Stück in mehreren Tranchen (Serie A-F) zwischen Februar und Oktober 1919. Anfangs waren Bedarf und Zusppruch groß, sodass das Stadtrentamt am 30. September 1919 feststellte: *Die 2. Ausgabe unserer 50 Pfennig-Scheine vom 15. Februar ist schon seit einigen Wochen in den Verkehr gebracht, die Nachfrage nach solchen Scheinen immer noch gleich stark. Wir stellen deshalb den Antrag auf Druck einer neuen Serie.*

Im Vergleich mit dem Schein von 1917 springen die Fortschritte ins Auge. Der blaue (8,8 x 5,5 cm) ist beidseitig bedruckt und verfügt über eine fünfstellige Kontrollnummer mit Angabe der Serie (A-F). Es findet sich ein exaktes Ausgabedatum (jedoch kein Ende der Gültigkeitsdauer); plastisch hervortretende Siegelprägung, Wasserzeichen in Tropfenform und eine Vielzahl an feingrafischen Elementen tragen zu mehr Fälschungssicherheit bei (Abb. 3). Nach einer Aufstellung des Stadtrentamts waren bis zum 4. März 1920 an roten und blauen 50 Pfennig-Scheinen insgesamt 713.250 Stück ausgegeben worden. Da davon bereits 155.000 zurückgeflossen seien, befänden sich noch etwa 558.000 im Umlauf, also etwa sechs Stück pro Kopf der Freiburger Bevölkerung.



Abb. 3 Freiburger 50 Pfennig-Gutschein (blau) vom 15. Februar 1919 mit geprägtem Siegel und Kontrollnummer auf der Rückseite (KWAFF).

Zur gleichen Zeit begann man über Ersatz auch für den „Blauen“ nachzudenken – zumal sich inzwischen überall im Land eine Tendenz zum ästhetisch anspruchsvolleren Notgeldschein abzeichnete: *Die jetzigen 50 Pfennig Scheine sind bekanntlich nicht gerade Kunstwerke. Das Stadtjubiläum bietet eine günstige Gelegenheit sie durch schönere zu ersetzen. Die durch eine Neuausgabe entstehenden Kosten würden durch den Verkauf der Scheine an Sammler nicht nur völlig wieder eingebracht, sondern es könnte eine ansehnliche Summe noch als Überschuss erzielt und teilweise zur Deckung der Kosten für die Jubiläumsausstellung verwendet werden. Es kann doch erwartet werden, dass die Mehrzahl der Freiburger Bürger sich solche Scheine zur Erinnerung an das Stadtjubiläum aufbewahrt. Also sollte nun nicht nur ein Entwurf ausgeführt werden, sondern möglichst eine ganze Reihe, damit auch die Einnahme für die Stadt entsprechend groß ist.*

Erinnerungs-Seriennotgeld – eine Freiburger Erfindung?

Die Anregung zu mehreren Entwürfen für eine einzige Wertstufe sei von einem Dr. Keller gekommen, *der in Notgeldgeldsachen eine ganz besondere Erfahrung besitzt, zumal er Herausgeber einer Zeitschrift über Notgeld ist.* Dabei handelte es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um den als „Notgeld-Papst“ bekannt gewordenen Arnold Keller. Dieser hatte beobachtet, dass schon während des Krieges einige Gemeinden 50 Pfennig-Scheine in verschiedenen Varianten ausgegeben hatten, *ohne dass jemand daran Anstoß nahm* (so die Gemeinden Wunsiedel, Nördlingen oder Königshofen).¹⁶

Freiburg wagte es nun als erste größere Stadt, gleich drei verschiedene 50 Pfennig-Scheine auszugeben, die neben seinen Parade-Bauwerken (Münster, Historisches Kaufhaus und Neues Rathaus) zusätzlich den Aufdruck „1120 – 1920“ trugen (Abb. 4a-c). Das machte sie sehr deutlich zu Jubiläums-Erinnerungsscheinen für Sammler. Was nun niemand voraussah: Als sie am 30. März 1920 erschienen, sollten sie geradezu den Startschuss für die nun gut zwei Jahre andauernde Periode des sogenannten „städtischen Seriennotgelds“ abgeben. Damit konnte man zwar jeweils vor Ort bezahlen, sollte dies aber – im Sinne derjenigen, die es ausgegeben hatten – aber möglichst nicht tun.

Dem Freiburger Vorbild folgend explodierte das Seriennotgeld jetzt landesweit. Immer mehr Gemeinden drängten mit Serien, deren jede bald 4, 6, 12 oder noch mehr Scheine hatte, auf den Markt. Zeitschriften wie „Notgeld-Sammlermarkt“ oder „Notgeld-Börse“ wurden gegründet und fanden steigenden Absatz, Druckereien machten den Stadtverwaltungen verlockende Angebote, wie viel sich mit besonders schön gestalteten Serien verdienen ließ, Händler ermunterten reihenweise Gemeinden, eigenes Notgeld zu drucken (und es über sie zu vertreiben), Buchhändler begannen, allwöchentlich die neuesten Scheine im Schaufenster auszustellen. Immer mehr Botschaften wurden den Scheinen aufgepackt, wenn sie zugleich die Stadt preisen, die örtliche Industrie bewerben und auch noch den Fremdenverkehr ankurbeln sollten. Schnell lernten die Stadtverwaltungen sich all jener Tricks zu bedienen, die bis heute jedes künstlich inszenierte Sammelgebiet lukrativ machen, wenn z.B. eine Serie von 12 Motiven eine von Schein zu Schein fortlaufende Geschichte in Wort und Bild erzählte, damit die Sammler nur ja jeden einzelnen Schein erwarben.¹⁷ Der Boom machte selbst vor kleinsten Orten, von denen zuvor noch nie

¹⁶ ARNOLD KELLER: Das deutsche Notgeld. Kleingeldscheine 1916-1922, IV Teil: Serienscheine, neu hg. von ALBERT PICK und CARL SIEMSEN, München 1975, Nachwort 1953, S. 233-247.

¹⁷ Zum Phänomen des Sammelns generell: VOLKER ILGEN/DIRK SCHINDELBECK: Jagd auf den Sarotti-Mohr. Von der Leidenschaft des Sammelns, Frankfurt/M. 1997.



a



b



c

Abb. 4 a-c Freiburger Seriennotgeld mit Erinnerungsfunktion an das Stadtjubiläum (1120-1920) in drei verschiedenen 50 Pfennig-Scheinen. Ausführungen mit Trockenstempel-Kontrollnummern, Ausgabe vom 30. März 1920 (KWAf).

jemand etwas gehört hatte wie Alten- und Frauenbreitungen, Igelshieb, Ziegenrück oder gar eine Hallig wie Langeneß nicht Halt. Zur Jahreswende 1921/22 lag Deutschland flächendeckend unter einer Serientotgelddecke von mehr als 10.000 verschiedenen Scheinen, ausgegeben von mindestens 1.365 Städten, Gemeinden, Kriegervereinen, Zoos bis hinunter zu einer Reihe von Gaststädten und Cafés.¹⁸ Wie viel die Stadt Freiburg an Reingewinn über ihre rosafarbene Bauwerk-Serie erwirtschaftete und welchen Beitrag deren Verkauf zur Finanzierung des Stadtjubiläums im Juli 1920 beitrug, geht aus den Unterlagen leider nicht hervor, es ist jedoch von einem stattlichen Betrag auszugehen.

Serientotgeld als Verkaufsschlager

Offenbar trafen die bunten Serientotgeld-Scheinchen den Nerv der Zeit – als Ausdruck gelebter Selbstdarstellungskultur aus der Provinz und zugleich symbolschwerer Protest gegen den Staat und seine Schwäche als Ordnungsmacht. Der Höhepunkt der Welle erfolgte im Sommer 1921, als das Serientotgeld eins der wenigen Güter war, an dem zu dieser Zeit kein Mangel herrschte. Schließlich war die politische und soziale Lage Deutschlands desaströs. Die im Versailler Vertrag festgeschriebenen Reparationsverpflichtungen, deren Tilgung sich bis in die 1980er-Jahre hinziehen sollte, empfand die Bevölkerung als „Versklavung“ über Generationen hin. Nachdem Deutschland schon im Frühjahr 1921 mit den Zahlungen in Rückstand geraten war, besetzte französisches und belgisches Militär Düsseldorf und Duisburg. Drei Regierungen versuchten die ausweglose Lage zu meistern. Dem Kabinett Konstantin Fehrenbachs folgte im Mai 1921 das Kabinett Joseph Wirth, das wegen seiner „Erfüllungspolitik“ von völkischer und deutschnationaler Seite erbittert bekämpft wurde. Währenddessen kam der dringend erforderliche Wiederaufbau aufgrund von Boykotten deutscher Waren nicht in Gang. Vor allem Frankreich war daran interessiert, Deutschland wirtschaftlich klein zu halten. Die Handelsbilanz kippte ins Negative, die Importe überstiegen die Exporte. Der Kurs der Mark stürzte dramatisch ab: Im Januar 1921 hatte ihr Valuta-Wert gegenüber dem Dollar noch 64:1 betragen, im November lag er bei 295:1. Gleichzeitig nahm der politische und ökonomische Druck auf die Grenzen des Reiches zu, vor allem im Saarland, in Ostpreußen und im oberschlesischen Industriegebiet, das trotz des Mehrheitsvotums der Bevölkerung für den Verbleib bei Deutschland aufgrund eines Völkerbundesbeschlusses am 20. Oktober Polen zugesprochen wurde. Bereits im März hatte Reichspräsident Ebert auf die Rheinland-Besetzung reagiert: *Der Gewalt können wir Gewalt nicht entgegensetzen, wir sind wehrlos. Aber hinausrufen können wir es, dass alle es hören, die noch die Stimme der Gerechtigkeit erkennen: Recht wird hier zertreten durch Gewalt. [...] Ehern zusammenschmieden soll uns dieses Leid.*¹⁹

¹⁸ DIRK SCHINDELBECK: Serientotgeld, in: Trödler. Europas Sammlermagazin Heft 10/2018, S. 14-18, und Heft 11/2018, S. 76-81.

¹⁹ Vgl. dazu DIRK SCHINDELBECK: Wenn Scheine Geschichten erzählen, in: DAMALS. Das Magazin für Geschichte Heft 4/2017, S. 72-76.

Ein Glücksritter verspekuliert sich: Sechs 50 Pfennig-Scheine für 8 Mark

Der Seriennotgeldboom erfasste nicht nur die Stadtverwaltungen landesweit, sondern rief zwangsläufig auch Spekulanten auf den Plan. Es erschienen etliche unautorisierte Ausgaben, ja es tauchten sogar Scheine von nicht existenten Städten auf.²⁰ Auf der anderen Seite häuften sich Klagen der Sammler gegen unlautere Geschäftspraktiken mancher Gemeinden und Händler. Für Staat und Reichsbank wurde das Seriennotgeld immer mehr zum Problem.

Just zu diesem Zeitpunkt trat ein Unternehmer an die Stadt Freiburg heran. Alexander Schnell, Inhaber der Firma Trans-Oceanic, die sich auch mit Versicherungspolicen und Schiffspassagen befasste, unterbreitete der Stadtverwaltung ein verlockendes Angebot: *Gedacht sind 6 verschiedene Scheine à 50 Pf. auf Bütteln mit Ansichten der Stadt, von besten hiesigen Künstlern entworfen. Trans-Oceanic übernimmt sämtliche Kosten, Druck, Reklame etc. und ist bereit, von jeder Serie 2 Mark an die Stadt abzuführen.* Am 28. September 1921 wurde zwischen der Stadt Freiburg und der Firma Trans-Oceanic ein entsprechender Vertrag über Herstellung und Vertrieb einer neuen Notgeld-Serie in einer Auflage von 1 Million Sätzen in 6 Serien geschlossen: *Von den Scheinen gibt die Stadtverwaltung zunächst 1.000 Sätze in öffentlichen Verkehr. Bezüglich aller anderen Scheine erhält die Firma Trans-Oceanic das Alleinvertriebsrecht, wofür die Firma neben dem Nennwert einer der Stadtkasse verbleibende Entschädigung von 2 Mark pro Satz à 6 Scheine zum Voraus an die Stadtkasse zu zahlen hat. Und weiter: Die Stadt ist verpflichtet, die ausgegebenen Scheine bis 1 Monat nach erfolgtem Aufruf zum Nennwert einzulösen. [...] Sollten nach erlassenen Aufruf ausgegebene Scheine nicht zur Einlösung gelangen, so gehört der sich hierdurch ergebende Gewinn voll und ganz der Stadtkasse.*

Was mochte diesen Unternehmer bewogen haben, den für ihn mit so vielen Risiken und Vorleistungen verbundenen, für die Stadt hingegen sehr vorteilhaften Vertrag einzugehen? Es kann nichts anderes als das Exklusivrecht zum Alleinvertrieb der Scheine gewesen sein. Dass es auf dem Höhepunkt der Sammelwut eine neue edel daherkommende Serie aus Freiburg geben sollte, welche die Stadt in den schönsten Ansichten zeigte (Münsterturm, Martins- und Schwabentor, Stadttheater, alte und neue Universität; Abb. 5a-f) – musste das nicht jeden Notgeldfreund reizen? Doch Schnells Spekulation auf das ganz große Geschäft sollte gründlich daneben gehen.

Am 3. Januar 1922 folgte Schnells Offenbarungseid. Er sei *zu der Überzeugung gekommen, dass wir die Serie Freiburg momentan, da wir Mk. 5 an die Stadtkasse abzuführen haben, nicht unter Mk. 8 verkaufen können.* Mit dem Verweis auf die zurzeit besonders hohen Portosätze bat Schnell um Ermäßigung auf 3 Mark, *sodass man dann 6 Mk. verlangen könnte oder 5,75 Mk.* Auf dieses Ersuchen entgegen den Abmachungen im Vertrag wollte die Stadt zu diesem Zeitpunkt nicht eingehen.

Inzwischen waren auch einige Kunden ob der Geschäftspraktiken der Firma Trans-Oceanic verärgert. Die Zeitung „Die Volkswacht“ veröffentlichte am 12. Januar 1922 unter der Überschrift „Das neue Notgeld der Stadt Freiburg“ den Erfahrungsbericht eines Sammlers: *Auf dem Rathaus erhielt ich die Auskunft, dass der Stadtrat das ganze Notgeld einer Gesellschaft zum Weitervertrieb verkauft habe. Ich bemühte mich also dorthin, um sechs Notgeldscheine zu erwerben. Diese sechs Scheine kosteten allerdings nicht 3 Mk., sondern 8 Mk. Das verstehe wer will. Die Stadt lässt Notgeld herstellen, bezahlt den Drucker und den Entwurf, um die Kleingeldnot zu beheben, verkauft aber die gesamte Auflage wieder und jagt dadurch einem Unternehmer einen ungehörlichen Gewinn in die Tasche.*

²⁰ Dazu gehörten die aus vier Scheinen bestehende Serie der Gemeinde Herzlake im Emsland oder der Schein einer nicht existenten Stadt Neukirch, vgl. KLEVER (wie Anm. 6), S. 22.



a



b



c



d



e



f

Abb. 5a-f Freiburger Seriennotgeld, hergestellt von der Firma Trans-Oceanic im September 1921 mit Motiven örtlicher Bauwerke: Martins- und Schwabentor, Münster, alte und neue Universität sowie Stadttheater (KWAf).

Für Schnells Firma Trans-Oceanic war die Lage katastrophal geworden. Die Serie ließ sich, bei deutlich nachlassender Sammelwut, nur noch sehr schwer verkaufen. Die Zahlen, die das Stadtrentamt im März 1922 vorlegte, sprechen für sich: *Es sind im ganzen 75.000 Sätze à 6 Scheinen hergestellt worden. Hiervon wurden von uns 1.000 Sätze vertragsgemäß in Verkehr gebracht, weitere 13.000 Sätze hat die Firma zum Preise von 5 Mk. pro Satz abgenommen. In*

unserer Verwahrung bzw. im städtischen Tresor befinden sich somit noch 61.000 Sätze, welche laut Vertrag nunmehr zu vernichten sind. Die Firma bittet nun erneut darum, ihr von diesen noch vorhandenen Scheinen $\frac{1}{2}$ Jahr lang bis zu 56.000 Sätze zu Nennwert bereit zu halten. Um das Beste aus der Situation zu machen, stimmte man zu und traf mit der Firma Trans-Oceanic eine neue Vereinbarung, um aus den nunmehr aus dem Verkehr gezogenen Scheinen doch noch einen Erlös zu ziehen, indem ihr bis auf Weiteres von den noch vorhandenen Scheinen solche zum Nennwert unter der Bedingung abgegeben werden, dass jeweils mindestens 1.000 Sätze abzunehmen sind, und: Um die Scheine, welche bisher im öffentlichen Verkehr überhaupt nicht zu sehen sind, bekannter zu machen, sollen 5.000 unvollständige Sätze (wir schlagen 4 Bilder vor) von unserer Stadtkasse sofort in Verkehr gebracht werden. Doch auch dieser letzte Versuch, die Sammelleidenschaft durch vorerst zurückgehaltene Motive – und herabgesetztem Höchstpreis auf 6,50 Mark – wieder zu beleben, fruchtete nicht. Die Sechser-Serie war längst ein Ladenhüter, Herr Schnell ein gescheiterter Glücksritter.

500 Mark Scheine mit Pfennig-Kaufkraft

Am 17. Juli 1922 verbot der Staat per Reichsgesetz den Städten jede weitere Ausgabe von Serientnotgeld. Im nun sich immer schneller abzeichnenden Prozess des Währungsverfalls wären die viel zu kleinen Nominalwerte ohnehin nicht mehr brauchbar gewesen. Allein schon auf die Drohrede des französischen Ministerpräsidenten und gleichzeitigen Außenministers Raymond Poincaré wegen ausstehender Reparationszahlungen das Ruhrgebiet militärisch zu besetzen, reagierte die Mark – gemessen an ihrer Dollar-Parität – mit einem rapiden Absturz (August 1922: 1 Dollar = 2.000 Mark, Anfang November 1922: 1 Dollar = 6.700 Mark). Immer hilfloser muteten jetzt die Versuche der Reichsbank an, dem Mangel an Zahlungsmitteln mit erhöhtem Geldausstoß zu begegnen: *Wie schon letztlich gemeldet, macht die Reichsbank die größten Anstrengungen, um täglich 2-3 Milliarden neue Noten an den Geldmarkt zu bringen (unter Hinzuziehung von Berliner, Leipziger und Kölner Privatdruckereien). Man ist bestrebt den Druck von Banknoten soweit auszudehnen, dass bereits am 15.10. mit einer täglichen Emission von 6-7 Milliarden gerechnet werden kann.*²¹ Längst wurden den Scheinen keine Pfennigbeträge mehr aufgedruckt, sondern Nominalwerte im drei-, vier- und fünfstelligen Markbereich.

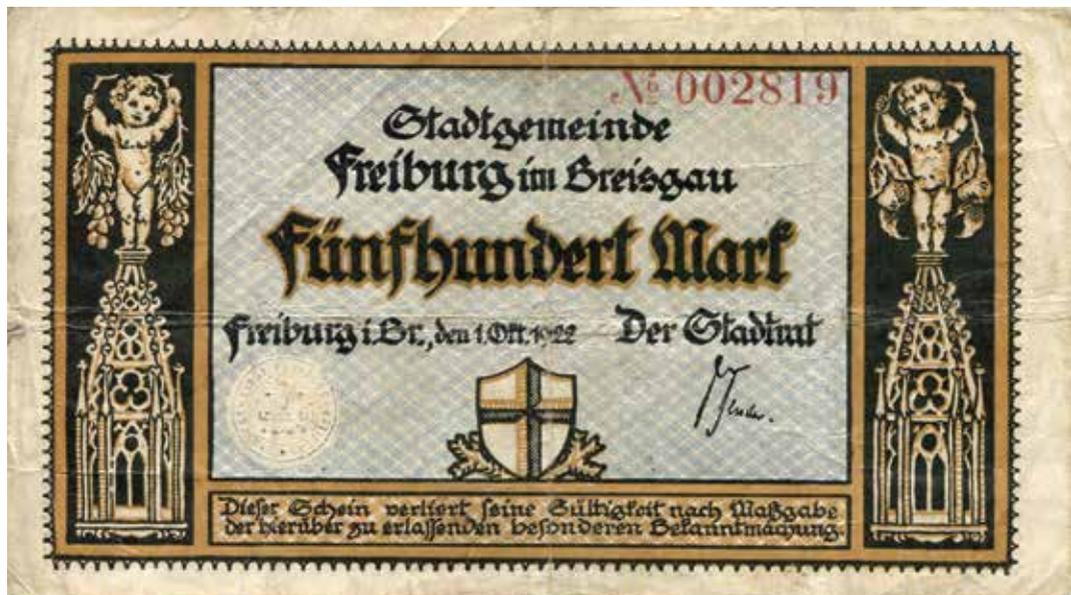
Wieder wandte sich die Reichsbank flehentlich an die Städte, ihr bei Druck und Emission von Zahlungsmitteln zu helfen. Dass diese ihrerseits längst über reiche Erfahrungen bei der Geldproduktion gesammelt hatten, offenbart eine Vorabkalkulation des Freiburger Städtischen Rechnungsamts. Für mögliche weitere Notgeldausgaben habe man noch einen Bestand von 14.000 Bogen zu 40/50 cm mit Wasserzeichen auf Vorrat. Daraus könne man *nach der derzeitigen Größe der Reichsbanknoten* 50.000 Stück zu 1.000 Mark sowie 50.000 Stück zu 500 Mark und zudem 20.000 Stück zu 100 Mark im Gesamtnennwert von 77.000.000 Mark herstellen. Machte man die benötigten Scheine aber nur halb so groß (12,5 x 9,5 cm), sei mit der gleichen Menge Papier eine doppelt so hohe Ausgabesumme, nämlich 138.000.000 Mark, zu erreichen. Diesem Ertragsziel kamen die letztlich hergestellten Scheine im Format 15,7 x 8,8 cm ziemlich nah – gleichwohl war der neue 500 Mark-Schein (Abb. 6a + b) immer noch dreimal so groß wie der 50 Pfennig-Schein von 1917.

Die Mühe und die Sorgfalt, welche die Freiburger der ästhetischen Gestaltung ihres neuen Zahlungsmittels angedeihen ließen, waren allerdings bemerkenswert. In seinem Auftritt ver-

²¹ Zitiert nach PRANGE (wie Anm. 8), Bd. 2, S. 92.



a



b

Abb. 6a + b A- und B-Seite des Freiburger 500 Mark-Scheins, Ausgabedatum 1. Oktober 1922 (KWAF).

suchte er vor allem eins zu vermitteln: Seriosität, um dem von der Reichsbank emittierten „richtigen“ Geld möglichst nahe zu kommen. Um die dafür vorgelegten Motive zu begutachten, war eigens eine Kommission gebildet worden. Den Auftrag bekam der Freiburger Grafiker Ernst Reiß. Das Ergebnis war ein von der Grafik her aufwändig und filigran gestalteter Geldschein, der mit Kontrollziffer und Wasserzeichen auch höheren Sicherheitsstandards genügte. Als Mo-

tiv der B-Seite figurierte mit dem „Heiligen Georg im Panzerhemd“ der Stadtpatron vor der historischen Stadtsilhouette. Erstmals stand auf einem Freiburger Geldschein auch der Strafsatz: *Wer Papiergeld nachmacht oder verfälscht oder verfälschtes sich verschafft und in Verkehr bringt, wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft.* Eine Ablaufrist nannte der Schein nicht, sondern verwies auf die hierüber zu erlassende „besonderen Bekanntmachung“.

Vonseiten der Reichsbank lag zunächst nur die Erlaubnis vor, Scheine im Gesamtnennwert von 50 Millionen Mark auszugeben – eine Summe, die schon zwei Tage nach der Ausgabe nicht mehr ausreichte und kurzerhand auf das Doppelte erhöht werden musste. Dass die vermeintlich hohe Wertstufe „500 Mark“ inzwischen nur noch Kleingeldkaufkraft hatte, offenbart ein Schreiben der Städtischen Sparkasse vom 26. September 1922, in welchem über tägliche Abhebungen von 300-400.000 Mark Klage geführt wurde: *Wir erhalten seit einigen Tagen von der Reichsbank keine Scheine unter 10.000 M. Die kleineren Geldsorten zu 1.000, 500 und 100 M. verschaffen wir uns durch Umwecheln in hiesigen Geschäften. Dadurch, dass wir jeden Tag 2-3 Beamte zum Geldwechsel unterwegs haben, geht uns viel Arbeitskraft verloren.* Der täglich wachsenden Zahlungsmittelnot bei den größeren Betrieben jedoch konnte der 500-Mark-Schein nichts entgegensetzen. Um ihre Arbeiter entlohnen zu können, beantragte allein die Freiburger Firma MEZ im Oktober 1922 10.000.000 Mark.

Wie sich die deutsche Inflation dagegen bei jenen anfühlte, die über „gutes Geld“, also Fremdwährung verfügten, vermittelt ein Text Ernest Hemingways vom 19. September 1922 im Toronto Daily Star: *Bei einem Aufenthalt in Straßburg machten meine Frau und ich einen Abstecher ins gegenüberliegende deutsche Kehl. [...] Für zehn frz. Franken, das sind ungefähr 90 Cents in kanad. Geld, bekam ich 670 Mark. Diese 90 Cents reichten uns einen ganzen Tag, an dem wir viel ausgaben und uns noch mehr als 100 Mark übrigblieben. In Kehls bestem Hotel servierte man uns ein Tagesmenü mit 5 Gängen für 120 Mark, das sind 15 Cents.*²² Auch wenn dieser Reisebericht kaum Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben kann, so verdeutlicht er, dass die deutsche Wirtschaft im Herbst 1922 ins Stadium ihrer Zersetzung getreten war.

Außer Kontrolle: Hoch- und Hyperinflation 1923

Gute vier Monate nach seiner Ausgabe sollte der enorme Aufwand, den man sich mit der Gestaltung des 500 Mark Scheins gegeben hatte, vergeblich gewesen sein, da inzwischen mindestens zehnmal so hohe Nominalbeträge benötigt wurden. Dennoch wollte die Stadtverwaltung auch bei der anstehenden Ausgabe neuer Notgeldscheine nicht auf eine Panoramaansicht als Bildschmuck verzichten: *In der heutigen Sitzung des gemischten beschließenden Ausschusses wurde angeregt, künftig bei der Anfertigung neuer Entwürfe von Notgeldscheinen mehr die landschaftliche Lage, insbesondere den großen Berghintergrund der Stadt zu berücksichtigen.* Inzwischen stand das Projekt eines 5.000 Mark Scheins *im Gesamtbetrage von 250.000.000 Mark* an: *Um dem Mangel an Zahlungsmitteln abzuhelpen, gibt die Stadt Freiburg mit Genehmigung des Reichsfinanzministeriums Notgeldscheine zu 5.000 Mark mit unbestimmter Lauffrist heraus. Die Aufrufung zur Einlösung wird in den hiesigen Tageszeitungen erfolgen.* Ein Zeitungsbericht vom 8. März 1923 erklärte das Motiv (vgl. Abb. 7). Es zeige eine „Ansicht des mittelalterlichen Freiburgs von Süden aus. Im Vordergrund die Schneckenvorstadt mit der Kirche der Wilhelmiten von Oberried und Schneckenor. Dahinter die eigentliche Altstadt umgeben von Stadtmauer, hinten rechts Augustinerkloster, in der Mitte das Martinstor, das Grünlingstor [= Grienlinstor]

²² Zitiert nach QUESTER (wie Anm. 5), S. 15.



Abb. 7 B-Seite des Freiburger 5.000 Mark-Scheins, Ausgabedatum 1. Februar 1923 (KWAF).

und im Hintergrunde das Lehenertor, Prediger- und Barfüßerkirche, ganz links das Clarakloster in der Lehener Vorstadt. So etwa mag unsere Gemeinde gegen Ende des 16. Jahrhunderts ausgesehen haben. Der Entwurf stammt von der Hand des Oberbaurats Dr. Gruber.“

Im Frühjahr 1923 trat eine kleine Atempause im Prozess des fortschreitenden Währungsverfalls ein. Ab August 1923 jedoch wuchs sich die Hochinflation täglich, ja stündlich zu einer jegliche Vorstellung sprengenden Hyperinflation aus. Um den Alltag zu bewältigen, einen Liter Milch oder ein Brot zu kaufen, waren inzwischen Millionenwerte nötig. Die Reichsbank war nicht mehr in der Lage, den Zahlungsmittelbedarf auch nur ansatzweise zu decken, obwohl inzwischen über 130 Druckereien Tag und Nacht in ihrem Auftrag Geld druckten. Längst waren Betriebe, sofern sie die technischen Möglichkeiten dazu hatten, dazu übergegangen, ihre Arbeiter mit selbsthergestelltem Geld zu entlohnen.

In der ersten Augushälfte 1923 emittierte die Stadt zwei weitere Notgeldscheine, einen 500.000 Mark- und einen 1 Million-Mark-Schein. Wieder zeigten beide auf der B-Seite jeweils ein Motiv aus der Stadtgeschichte: der 500.000 Mark-Schein (14,3 x 8,2 cm; Abb. 8a + b) einen aus einem Kupferstich entnommenen Ausschnitt von „Freyburg im Brisgow um 1700“ mit der noch intakten vaubanschen Befestigung, der 1 Million Mark Schein (13 x 10 cm; Abb. 9) eine Stadtansicht aus nördlicher Richtung nach einer Zeichnung von Paul H. Hübner, dem Restaurator und Konservator der Städtischen Sammlungen. Am 14. August 1923 gab die Stadtverwaltung dazu bekannt: *Die Herstellung der neuen 500.000 Mk. Scheine ist soweit vorangeschritten, dass morgen Mittag 25.000.000.000 Mark fertig sind und ausgegeben werden können.* Inzwischen hatte sich jedoch allein der Bedarf der größten zwölf örtlichen Banken und Betriebe wie der Firmen Himmelsbach und MEZ auf das Doppelte, nämlich zusammen 47.000.000.000 Mark, aufsummiert ... Es sollte die letzten Scheine der Hyperinflationsperiode sein, die noch mit Stadtansichten als Schmuckmotiv aufwarteten. Vergleicht man sie miteinander, so fällt auf, dass das Bild der vertrauten, einen Rest von Sicherheit vermittelnden Stadtsilhouette von Schein zu Schein immer blasser und unschärfer wird.



a



b

Abb. 8a + b

A- und B-Seite des Freiburger 500.000 Mark-Scheins, Ausgabedatum 8. August 1923 mit plastischem Prägiesiegel (KWAf).



Abb. 9 B-Seite des Freiburger 1 Million Mark-Scheins, Ausgabedatum 25. August 1923 (KWAf).

Doch noch immer war der Albtraum der Hyperinflation nicht vorüber. Wenige Tage später, am 23. Oktober 1923, musste sich Oberbürgermeister Bender in einem Eiltelegramm an den Innenminister wenden: *Erbitte Genehmigung zur Notgeldausgabe in Scheinen bis 50 Milliarden einstweilen 1.000 Billionen*. Das Ergebnis waren jetzt in aller Hast hergestellte Nominalwerte von 10, 20 und 50 Milliarden Mark, bei denen kein Schmuckmotiv mehr zum Einsatz kam und die Rückseite gar nicht erst bedruckt wurde (Abb. 10). „Die Volkswacht“ schrieb dazu: „Die Stadt hat keinen Nutzen von diesem Notgeld. Es dient lediglich dem Verkehr. In den letzten Tagen hatte die Stadt große Schwierigkeiten bezüglich der Auszahlung von Löhnen, Gehältern, Arbeitslosenunterstützungen usw. Der Geldbedarf der Stadt ist in der letzten Zeit ungeheuer gewachsen. Das städtische Fürsorgeamt benötigte diese Woche Tag für Tag 5 Billionen Mark. In dieser Summe allein schon kommt die ungeheure Verarmung des größten Teils der städtischen Bevölkerung zum Ausdruck.“ Ende November 1923 schließlich konnte die Hyperinflation beim Endstand von 4,2 Billionen Papiermark = 1 Dollar gestoppt und mit Einführung der Rentenmark eine stabile Währungsepoche eingeleitet werden (Abb. 11).



Abb. 10 A-Seite des Freiburger 10 Milliarden-Scheins (Rückseite unbedruckt), Ausgabedatum 23. Oktober 1923 (KWAf).



Abb. 11 1.05 Mark Gold = 1/4 Dollar der Handelskammer Freiburg, Konstanz, Lahr, Schopfheim und Villingen (sogenanntes „Wertbeständiges Notgeld“), ohne Ausgabedatum (ca. November 1923), einseitig bedruckt und Unterschriften der Handelskammerpräsidenten (KWAf).

Bilanz der Inflation: Verarmung der kleinen Sparer

Dass eine Inflation die Schuldner ebenso massiv begünstigt wie sie die Gläubiger benachteiligt, ist in der Forschung unbestritten. Gerade für eine Stadt wie Freiburg mit einem hohen Anteil an einstmals wohlhabenden Rentnern, die zuvor von ihren Vermögenserträgen leben konnten, war diese in der Geschichte beispiellose Kapitalvernichtung verheerend. Die Entscheidungsträger in der Politik freilich, die sich durch die Finanzfachleute der Großindustrie beraten ließen, scherte das wenig: *Der völlige Ruin der deutschen Währung sollte den Reparationszahlungen ein Ende machen. Geld ist bedrucktes Papier; dadurch, dass Geld seinen Wert verliert, gehen keine wirklichen Werte verloren. Sie wechseln nur die Hände.*²³

Dieses Urteil Golo Manns war schon von zeitgenössischen Finanzfachleuten bis ins Detail bestätigt worden. Der Justiziar der Deutschen Bergwerkszeitung, Dr. Apfelbaum, schrieb: *Die Geldverfälschung hat abgewirtschaftet. [...] Der Staat brauchte Mittel, um die Erfüllungspolitik durchzuführen und um – durch Verbilligungen, also mittelbar, oder durch Lohnzahlungen, also unmittelbar – die Differenz zwischen dem wahren Ertrag der stark gedrückten deutschen Arbeit und dem Verbrauch auszufüllen. Zweck der Inflation war, auf verschleierte Wege diese Mittel zu gewinnen in einem Umfange, wie er auf offenem Wege wahrscheinlich niemals erreichbar gewesen wäre. Die mit der Inflation erreichte Enteignung der Mündelvermögen, der Witwen- und Waisengelder, des Rentnerbesitzes hätte in Form offener Gesetze wohl mehr Widerstand gefunden. [...] Zu allen Zeiten haben Regierungen, die aus einer Not keinen Ausweg wussten, oder die harten und unbeliebt machenden Auswege scheuten, zu dem Mittel der Geldverfälschung gegriffen, nur um über den Tag hinwegzukommen.*²⁴

²³ Zitat von Golo Mann nach HANS OTTO EGLAU: Mehr Schein als Sein. Als die Mark Kapriolen schlug, Düsseldorf, o.J. [ca. 1999], S. 61.

²⁴ Zitiert nach PRANGE (wie Anm. 8), Bd. 2, S. 41.